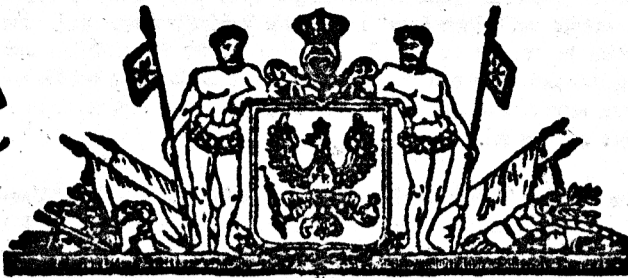


Volksische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Nordplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 284

Das Wehrgesetz in der Nationalversammlung.

Das erste Initiativgesetz.

Nachmeldung unserer Berliner Redaktion. vhd Weimar, 25. Februar.

Die Vorlage eines Wehrgesetzes ist nicht von der Regierung dem Parlament zur Beschlussfassung vorbehalten worden, sondern stellt das erste Initiativgesetz der deutschen Nationalversammlung dar, das von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokratie unterzeichnet ist.

Die Deutschnationalen haben aber auch durch die Verweigerung ihrer Unterschrift keineswegs die Ablehnung des Entwurfes vorbereitet wollen. Sie stimmten ihm denn auch heute zu, und ihr Redner, der Abgeordnete Herig aus Ostpreußen, übte eine verhältnismäßig schwache Kritik an der Regierung.

Schöpflin hatte gerade der Beförderung der Offiziere im Kriege durchaus Berechtigt widerfahren lassen. Und wenn man von dem Redner der unabhängigen Sozialdemokratie absteht, zeigte niemand Neigung, Ausschreitungen und Verfehlungen einzelner Offiziere zu verallgemeinern.

Nachdem von der Zentrumspartei der Abg. Groeber und Justizrat Siehr für die Deutsche Demokratische Partei das Wort ergriffen hatten, erging sich der Abgeordnete heute in heftigen Ausfällen gegen die Regierung, die angeblich die bolschewistische Gefahr übertriebe, die die Errungenschaften der Revolution, namentlich die durch das Reichswehrgesetz vom Jahre 1918 festgelegte Wahl der Offiziere durch die Soldaten und die Soldatenräte, wieder vernichten wolle.

Erfreulich an seinen Ausführungen war nur die allzu berechtigte Kritik, die er an den vielen Novembersozialisten übte, die seit den Revolutionstagen plötzlich ihr sozialdemokratisches Herz entdeckt haben und dauernd nur noch von ihren „Genossen“ reden. Es war erquickend, diese Kritik der modernsten Richtung des Streberiums gerade aus dem Munde eines „unabhängigen“ Sozialdemokraten zu hören, dessen Partei einen nicht unerheblichen Einfluss derartiger Elemente erhalten hat.

Auf heute folgte der Reichswehrminister Roske, der in warmen Worten den kameradschaftlichen Dank den Männern — Mannschaften, Offizieren und Unteroffizieren — darbrachte, die in der schwierigen Zeit lediglich aus heißer Liebe zum Vaterlande unter Hintansetzung ihrer persönlichen Interessen sich hinter die Regierung gestellt hatten. Es muß nun aber, nachdem die verschiedenen Freiwilligenverbände ausgezeichnetes geleistet haben, der Versuch gemacht werden, sie unter einen Hut zu bringen und eine einheitliche Organisation zu schaffen.

Es sei, so fuhr Roske fort, ja zu hoffen, daß die bolschewistische Regierung durchaus friedfertig sei. Aber es sei nicht sicher, daß sie die Banden in der Hand habe, die sich allerwärts im Lande gebildet hätten. Und es wäre von ihr deshalb eine verbrecherische Leichtfertigkeit, sich gegen die dadurch möglichen Wechselfälle nicht rechtzeitig vorzusehen. Sei klar, daß es sich bei der jetzigen Schaffung einer Wehrmacht nur um etwas handele, das aus der Not des Augenblicks ge-

boten sei. Die Forderung des Erfurter Programms, „Erziehung des gesamten Volkes zur Wehrhaftigkeit“, werde durch sie sicher nicht erfüllt. Aber wie die deutsche Wehrmacht aussehen könne, werde man erst nach dem Frieden festlegen können.

Bis dahin müsse ein Machtfaktor in der Hand der Regierung geschaffen werden. Die Truppen, die man aufstellen wolle, erreichen kaum ein Drittel der Friedensstärke des früheren Heeres.

Die heutige Verhandlung war die Sterbestunde des alten Heeres, das entsprechend seiner ruhmreichen Vergangenheit auch in diesem Kriege Großes und Bewundernswertes geleistet hat. Die Revolution hat dieses Heer zusammendrehen lassen, nicht zuletzt deshalb, weil man, wie in der deutschen Politik, so auch im deutschen Militärsystem nicht verstand, die notwendigen Reformen rechtzeitig einzuführen. Aber ohne Heer kann auch die revolutionäre Regierung nicht bestehen.

Und so war es denn ein Gebot der Staatsnotwendigkeit, daß die Parteien dem Reichspräsidenten die Möglichkeit böten, eine neue Wehrmacht aufzustellen. Diese Wehrmacht soll dann anknüpfen an bewährte Traditionen, die durch Männer wie Scharnhorst und Gneisenau geschaffen sind. Sie soll aber all die Fehler der Vergangenheit vermeiden, die schließlich zum Zusammenbruch geführt haben.

Auch von den Unabhängigen Sozialdemokraten war eine große Anzahl von Anträgen gestellt worden, deren Begründung der Abg. Oskar Eohn übernahm.

Ihm erwiderte nochmals der Reichswehrminister. Er hat, den größten Teil der Anträge der Abgeordneten Frau Agnes und Genossen abzulehnen, insbesondere aber denjenigen, der ihm die Verpflichtung auferlegen sollte, die bestehenden „Sicherheitsverbände“ in den Reichswehrverband aufzunehmen.

Er verbreitete sich eingehend über die geringe militärische Dienstfähigkeit und erklärte, daß endlich einmal anstelle der bisherigen Willkür und Disziplinlosigkeit wieder ein diszipliniertes Heer zustande gebracht werden würde. Minister Roske wies darauf hin, daß der Hinweis der Unabhängigen auf das Mißtrauen des Auslandes nur eine Unterfütterung der kriegstreiberischen Parteien in Frankreich sei, die dem Drängen der Arbeiter auf Demobilisation den Hinweis auf die unveränderte große deutsche militärische Gefahr gegenüberstellen.

Die Verhandlungen, die um 10 Uhr begonnen hatten, erstreckten sich bis in die zweite Nachmittagsstunde hinein, wo die Abstimmung über das Gesetz und seine zahlreichen Abänderungsanträge stattfindet.

Endgiltiger Waffenstillstand zugleich Vorfriede.

Drahtmeldung der „Volksischen Zeitung“.

* Zürich, 24. Februar.

Ein französischer Funkpruch an Alke (vom Eiffelturm) teilt mit: Man habe die Möglichkeit ins Auge gefaßt, einzelne Beschlüsse, die von den Kommissionsbereits festgestellt sind und die von der Konferenz bestätigt werden würde, schon in den künftigen Waffenstillstandsvertrag aufzunehmen. Dieser letzte Waffenstillstand werde die Bedeutung eines Präliminarfriedens haben und bis zur Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrages in Geltung bleiben. (Siehe auch 4. Seite.)

Die Vertagung der Verhandlungen über das Lebensmittellabkommen in Spa ist, wie wir hören, auf Wunsch der Entente erfolgt, weil innerhalb der Entente noch Beratungen, die das Finanzabkommen betreffen, in der Schwebe sind.

Ludendorff auf dem Wege nach Berlin.

* Stralsund, 25. Februar.

Der frühere Generalquartiermeister Ludendorff ist auf der Durchreise von Schweden in Stralsund eingetroffen. Er wird nach Berlin weiterreisen.

Deutsch-Südwestafrika.

Von Hans Grimm.

Das Land liegt an die 6000 Seemeilen von Deutschland. 12 000 deutsche Männer, Frauen und Kinder haben dort ihre dauernde Heimat gesucht und gefunden. Es war das einzige Siedlungsgebiet außerhalb der täglich knapper werdenden deutschen Grenzen, wo sie erwarten durften, unbehelligt deutsch zu bleiben. Unfänglich schwer wurden ihnen die Jahre des Anfangs gemacht. Gegen Dürre und Sonne und Sand setzten sie sich durch. Dann brannten die Häuser der ersten Ansiedlerschicht nieder, und deutsche Männer und Frauen und Kinder wurden meilenweit ermordet. Dann trank das Land Ströme deutschen Soldatenblutes. 1500 deutsche Reiter, 120 deutsche Offiziere schlafen unter seiner Erde. Die überlebenden Pioniere bauten wiederum auf, und ihre Liebe zum Lande zog frische Stammesgenossen an. Ueber Nacht fast wurde Deutsch-Südwestafrika durch die Diamantensunde ein reiches Land. Dann, dann kam von neuem Krieg — der Weltkrieg. Zum andern Male verbrannten mißselige Dächer, ward Schwerterrungenes verdorben und vernichtet, wurden die Vielgequälten wieder gequält. . . . Doch — daß ich es gleich sage — solches Schicksal ist keine unerhörte Ausnahme. Es ist das Neuländerschicksal überall gewesen, nur vollzog es sich anderorts um 100 oder 200 Jahre früher. Alles Deutsche geschah bis vor kurzem spät, zu spät.

Dies deutsche Land Südwestafrika, dies einzige deutsche Siedlungsland, wird gegenwärtig unter den Hoheitsgebieten genannt, die Deutschland in Pausch und Bogen abzutreten habe. Nach Smutsens, des gewesenen Burenchefs Erklärung (der sich unter seinen Landsleuten in Südafrika nicht mehr sehen lassen kann), fordern die Südafrikaner das Land. (Was nicht wahr ist! — Davon gleich.) Die deutschen und europäischen Zeitungen drucken die Forderung ab, meist kommentarlos. Männiglich in Deutschland wehrt sich dagegen, daß aus dem gewaltigen kolonialen Diebstahl zu Ehren des Friedens, des Rechtes und der Gerechtigkeit etwas werde. Wenige der Protestanten machen sich klar, daß bei ihrer allgemeinen Forderung vielmehr auf dem Spiele steht als Ruhm und Ehre irgendeine imponderable Ehre. Auf dem Spiele steht unsere Charakterentwicklung: Ob wir ohne Waffenraum, bei Einwanderungsverboten, in eingekerkelter Enge und Dürftigkeit aneinander völlig schlecht und krank werden sollen, wie wir krank und schlecht zu werden begannen durch die Blockade, oder ob Raum und Luft uns noch einmal sittlich erneuern werden. Aber gar niemand scheint sich klar zu sein, daß über Südwest im besonderen eigentlich nur die eingesehnen Südwesafrikaner zu hören sind, daß jedenfalls kein Deutscher in Deutschland, selbst wenn die Ankündigung der fortgesetzten Hungersolter ihm die eigenen Kinder zu vernichten und die Heimat zum unheilbaren Tollhause zu machen drohte, dem Stammesgenossen in Südwest sagen kann: „Bruder, wir haben dein Land mit Dir und deiner Frau und deinen Jungen und deinen Töchtern darauf an das englische Südafrika verhandelt, weil — ein fremder Apostat es wollte, weil England uns zwang.“

Die Meinung des südafrikanischen Volkes, wenn sie Bedeutung hätte, ist heute nicht listerner auf Südwest als im Jahre 1915. Damals ging Botha vor, damit die Engländer aus England nicht nach Südwest kämen und drachlose Stationen und Häfen besetzten, wie sie gedroht hatten. Damals griff Botha an, um ein Erstarken Englands und die Bildung einer neuen englischen Kronkolonie im afrikanischen Subkontinente zu verhindern. Trotz diesem nationalen Beweggrunde seiner Politik protestierten schon auf der Kriegerversammlung zu Pretoria (Aug. 1914) alle Offiziere des Drangestriches und fast alle Offiziere Trauwaals gegen vom Raum gebrochene Kämpfe mit den benachbarten Deutschen. Diese Proteststimmung hat nie nachgelassen. Im April 1915 weist Senator de Villiers auf die tausend Volksversammlungen hin, die gegen den Raubzug abgehalten wurden, sagt, das ganze Volk sei verbittert und verachte die Regierung. Im August 1915 mißbilligt der Kongreß der Nationalisten in einer Resolution „die gottlose Expedition gegen Deutsch-Südwestafrika.“

Im gleichen Monat teilt Hull, der frühere Finanzminister des Bothakabinetts, ein Engländer, im „Volkstem“ mit: „Die meisten Fraktionsmitglieder der südafrikanischen Partei (Botha-Partei) sind gegen einen Angriff auf Deutsch-Südwest gewesen, als sie in Kapstadt anlangen zur beschlußfassenden Sitzung, aber sie sind dort beschwächt worden.“ Am 20. Januar 1916 sagt der Landwirtschaftsminister van Heerden (ein Botha-Minister) bei einer Ansprache in Cegenwart Bothas: „Ich bin gegen jede Annexion. Südafrika muß sich zum Ziele sehen, eine große Nation zu werden, dazu ist nicht Gebietserweiterung notwendig, sondern Aufbau innerhalb der bestehenden Grenzen.“ Am 18. September 1916 erklärt Herzog: „Der Feldzug gegen D. S. A. ist eine der gemeinsten Taten, die je eine Regierung beging. 1917 und 1918 verklärte Herzog und andere Nationalistenführer wiederholt, D. S. A. müsse an Deutschland zurückgegeben werden, jedenfalls seien seine deutschen Bewohner zu befragen, ob ihnen ein Anschluß an die südafrikanische Union erwünscht sei oder nicht. Eine lange Liste solcher Stimmen ließe sich anlegen schon jetzt, wo von hundert Wör-